

Das kann die Landespolitik tun

(+) In Hessen müssen künftig 4.000 neue Sozialwohnungen und 2.000 Wohnungen für Studierende jährlich geschaffen werden. Baubeginn: Sofort!

(+) Die hessische Landesregierung will mit den für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen öffentlichen Mitteln verstärkt die Bildung von Wohnungseigentum und den Städtebau fördern. CDU und FDP haben dies sogar im Wohnraumförderungsgesetz festgeschrieben. Solange bezahlbarer Wohnraum knapp ist, müssen die knappen öffentlichen Mittel vorrangig für den Bau von Mietwohnungen eingesetzt werden.

(+) Die Einkommensgrenzen für den Bezug einer Sozialwohnung müssen deutlich angehoben werden. Wohnungsnot ist kein Problem einiger Weniger, sondern trifft immer mehr Menschen. Der Soziale Wohnungsbau soll wieder breiten Schichten der Bevölkerung zugute kommen.

(+) Altersarmut ist kein Randproblem mehr: wir brauchen bezahlbare altengerechte Wohnungen, um ein menschenwürdiges Altern zu ermöglichen. Alte Menschen sollen möglichst lange in ihren Vierteln wohnen bleiben können.

Das kann die Bundespolitik tun

(+) Um die Explosion der Mietkosten zu bremsen, müssen die Mieten bei Neuvermietungen gesetzlich gedeckelt werden. Mietspiegel müssen sämtliche Bestandsmieten umfassen und nicht nur diejenigen, die in den letzten vier Jahren erhöht wurden.

(+) Die Kosten der energetischen Sanierung müssen sozial gerecht aufgeteilt werden. Die Umlage zur energetischen Sanierung bürdet den Mietern alle Lasten auf. Sie ist abzuschaffen. Der energetische Zustand einer Wohnung ist ausreichend über den Mietspiegel abbildbar.

(+) Die Heizkosten aus dem Wohngeld zu streichen war eine unsoziale Entscheidung. Energiekosten machen heute einen erheblichen Teil der Wohnkosten aus. Sie müssen als feste Komponente im Wohngeld einkalkuliert sein. Einkommensgrenzen und Mietobergrenzen beim Wohngeld müssen aktualisiert werden.

Interessiert? Sie wollen uns unterstützen? Bitte wenden Sie sich an darmstadt@dgb.de oder 06151/39970.

Das Bündnis Bezahlbares Wohnen wird unterstützt von UFFBASSE, Linksfraktion, DIE LINKE. Darmstadt und der Themengruppe LaK der Lokalen Agenda 21

Trommeln für bezahlbares Wohnen

Kundgebung und
kreative Demonstration

Freitag, 30.8.
17 Uhr
Luisenplatz

Bündnis Bezahlbares Wohnen
Mieterbund · DGB · ASten TU + h_da

Wohnen in Deutschland wird für viele unbezahlbar. Die Mieten steigen rasant, die Reallöhne sinken, die Renten stagnieren. Es ist höchste Zeit etwas zu tun.

Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist kein Randproblem:

(+) es gibt immer mehr Familien, die trotz eines Acht-Stunden-Arbeitstages mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Wohnkosten aufwenden müssen. Für übrige Ausgaben bleibt weniger als das Existenzminimum.

(+) es gibt immer mehr Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Für sie gibt es immer weniger Wohnungen zu angemessenen Preisen.

(+) auch bei vielen Haushalten mit durchschnittlichen Einkommen brauchen die Wohnkosten einen großen Teil der finanziellen Reserven auf.

Das darf nicht so weiter gehen. Wohnungen sind keine Ware, die beliebig auf dem Markt gehandelt werden dürfen. Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis. Wohnen muss jeder.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Politik, menschenwürdige, bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Was muss dafür passieren?



Diese Baulücke in der Kiesstraße wird mit 41 Eigentumswohnungen gefüllt. Bezahlbarer Wohnraum? Fehlanzeige.

Das kann die Kommunalpolitik tun

(+) In Darmstadt fehlt ein wohnungspolitisches Konzept, welches die soziale Bodennutzung in den Vordergrund rückt. Eine Baulücke nach der anderen mit Luxus- und Eigentumswohnungen zu füllen zeugt nicht von sozialer Verantwortung.

(+) Darmstadt braucht mehr öffentlich geförderte und insgesamt mehr bezahlbare Wohnungen. Die städtische Bauverein AG plant, jährlich 75 Sozialwohnungen neu zu bauen und weitere 25 Wohnungen aus ihrem Bestand bereitzustellen. Das ist zu wenig! Damit wird nicht einmal der derzeitige Sozialwohnungsbestand erhalten. Wir fordern, dass mindestens 160 geförderte Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden.

(+) Vier Millionen Euro aus dem erwirtschafteten Gewinn der Bauverein AG werden für die geplanten neuen Sozialwohnungen verwendet. Dieses Prinzip „Mieter finanzieren Mieter“ ist ein Schritt der Entsolidarisierung. Sozialer Wohnungsbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe und muss von allen gemeinsam geleistet werden.

(+) Außerdem fordern wir die baldige Nutzung der ehemaligen Kasernengelände. Der seit fünf Jahren andauernde Leerstand ist ein skandalöser Fall von Verschwendung.



Die Bessunger Logen: auf zuvor städtischem Bauland werden 21 "hochwertige Eigentumswohnungen" gebaut. Geförderter Wohnraum ist nicht vorgesehen. Das führt nicht zu der auf dem Plakat angepriesenen "lebendigen Wohnvielfalt". Stattdessen entsteht ein Wohnblock für Gutverdiener. Dabei wäre mit politischem Willen ein Anteil an Sozialwohnungen als Bedingung für den Verkauf durchsetzbar gewesen.